



1. Der Soester Anzeiger weiß spätestens seit Sommer 2021 um die Lügen des Bürgermeisters und ggf. anderer Aufsichtsratsmitglieder aus der Nichtwiederwahlkampagne, schweigt darüber aber und schützt ihn und ggf. weitere Aufsichtsratsmitglieder so vor politischen Konsequenzen.

2. Während meiner gesamten Amtszeit habe ich immer wieder versucht, meine offen gelebte lesbische Beziehung als selbstverständliche Nebeninformation in den Soester Anzeiger zu bekommen. Dieser aber hat meine Beziehung gegen meinen erklärten Willen konsequent totgeschwiegen.

So ersetzte Achim Kienbaum – wie oben bereits geschildert – am 13.12.2019 die Formulierung „meine Lebensgefährtin“ aus meiner Pressemitteilung durch „eine Lippstädterin“ im Artikel und machte meine Lebensgefährtin und meine lesbische Beziehung damit unsichtbar.

Auch ein Interviewangebot, in dem ich im Frühjahr 2019 neben meiner Halbleistungsbilanz, auch das Fremdeln der Soester Politik mit mir und meiner Lebensgefährtin thematisieren wollte und an dem die Chefredakteurin Gökken Stenzel zunächst interessiert war, kam schließlich nicht zustanden, weil die Chefredakteurin sich nicht mehr meldet.

3. Am Tag nach meinem inkriminierten Interview vom 22.06.2020 machte Achim Kienbaum die Narrative des Bürgermeisters und seines Umfeldes zum Mittelpunkt der Berichterstattung, z.B.:

- a. „Sämtliche Beteiligte haben sich in der Vergangenheit um eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Frau Prof. Dobberstein bemüht. **Diesen Weg hat sie** nun selber mit ihren auf Facebook veröffentlichten Äußerungen **verlassen**.
- b. „So versicherten sowohl WMS-Mitarbeiter, als auch Hänsch [damals AR-Vorsitzender], dass solche Vorwürfe „kein einziges Mal thematisiert worden seien.“

Achim Kienbaum übernahm letztere Behauptung sogar für sich selbst. In seinem Kommentar schreibt er:

*„Regelrecht perfide sind ihre Unterstellungen, Vorbehalte gegen ihre Weiterbeschäftigung in der Politik seien das Resultat von Homophobie und ihrer Diskriminierung als Frau. Perfide deshalb, weil sie damit eine absolut relevante gesellschaftliche Problematik als Rechtfertigung dafür missbraucht, dass sie in Soest gescheitert ist. Als selbst erklärte starke Frau und Führungsfigur hätte sie vier Jahre lang nicht nur die Möglichkeit, sondern alleine schon im Interesse ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch die Pflicht gehabt, solche Erfahrungen anzusprechen – mindestens. Hat sie aber nicht. Dabei soll Homophobie doch „ständig mit Händen zu greifen“ gewesen“ sein.“*

Achim Kienbaum wusste, dass dieses Narrativ falsch war, hatte ich doch bekanntlich nur wenige Monate vorher eine schriftliche Debatte mit ihm selbst über seine eigene Homophobie, die cc auch an den Bürgermeister gegangen war.

Bevor er behauptete, dass ich Homophobie nie thematisiert hatte, hätte er mich zudem fragen müssen, ob und wenn ja, bei wem ich mich beklagt hatte, hat er aber nicht.

Und er stellte die offensichtliche Täter-Opfer-Umkehr der Narrative des Bürgermeisters und seines Umfeldes auch insgesamt nicht in Frage und fragte sich erst gar nicht, ob meine Vorwürfe berechtigt waren.

In seinem Kommentar unterstellte Kienbaum zudem, dass ich gescheitert sei. Zuvor heißt es im Text schon: „Aber in ihrer professionellen Welt, das sollte einer Wirtschaftsförderin klar sein, reicht ein „stets sehr bemüht“ im Zwischenzeugnis nicht.“

Die Formulierung „stets bemüht“ stammt aus der Sprache von Arbeitszeugnissen und wird hier auch genauso eingesetzt. Übersetzt bedeutet diese Formulierung: [Schulnote "ungenügend", gleichbedeutend mit "hat nichts erreicht"](https://www.t-online.de/finanzen/beruf-karriere/beruf/id_71825108/arbeitszeugnis-geheimcode-entschluesseln-diese-noten-stecken-hinter-den-formulierungen.html) ([https://www.t-online.de/finanzen/beruf-karriere/beruf/id\\_71825108/arbeitszeugnis-geheimcode-entschluesseln-diese-noten-stecken-hinter-den-formulierungen.html](https://www.t-online.de/finanzen/beruf-karriere/beruf/id_71825108/arbeitszeugnis-geheimcode-entschluesseln-diese-noten-stecken-hinter-den-formulierungen.html)). Tatsächlich habe ich bekanntlich [herausragende Leistungen](#) erbracht und viel erreicht, dokumentiert in meiner Leistungsbilanz, die dem Soester Anzeiger nach Aussage der Chefredakteurin Gökken Stenzel auch vorlag.

4. Im Frühjahr 2017 gab es eine gegen mich gerichtete regelrechte Kampagne des Vereins „Geschichtswerkstatt frz. Kapelle“ und des Soester Anzeigers. Dabei legte der Soester Anzeiger mir immer wieder eine proletenhafte Sprache in den Mund und verletzte mein Urheberrecht. Diese Artikel wurden später vom Aufsichtsrat benutzt, um mir einen für eine kommunale Gesellschaft unangemessenen Umgangston zu unterstellen und damit meine Nichtwiederwahl zu betreiben.

In Posts unter den Artikeln [Museen der Adam-Kasere sollen unters Dach ziehen](#) und [Wohnungen werden benötigt, um Soester Kasernenblock zu erhalten](#) wehrte ich mich insbesondere gegen die proletenhafte Diktion, die mir in den Mund gelegt wurde.

Die Formulierungen, die mir Astrid Gunemann und Holger Strumann in den Mund gelegt hatte, lösten zudem große Empörung bei der Vereinsvorsitzenden Barbara Köster und ihrem Umfeld aus. Aus diesem Umfeld heraus gab es daraufhin Leserbriefe, die der Anzeiger nie hätte veröffentlichen dürfen, weil diese Leserbriefe Beleidigungen und Verleumdungen enthielten.

Als ich mit den Leserbriefschreiber\*innen in Kontakt trat und ihnen meinen Originalpost sandte, zog eine Leserbriefschreiberin ihre Beleidigungen daraufhin zurück und entschuldigte sich:

Holger Strumann jedoch weigerte sich, diese Entschuldigung zu veröffentlichen. Auch meinen Wunsch, zu den Leserbriefen im Soester Anzeiger Stellung zu nehmen, verweigerte mir der Anzeiger.

Ich veröffentlichte daraufhin auf der facebook-Seite des Soester Anzeigers unter der Überschrift **„Block 3, Adam-Kasere: Was der Soester Anzeiger sich weigert zu veröffentlichen“, folgenden Post**

*Am 30.3. habe ich unter den Artikel „Museen sollen unter das Dach“ des Soester Anzeigers gepostet und dabei einige Fehler des Artikels berichtet und darüber hinaus versucht zu erklären, warum der Dachausbau für die Museen eine gute Lösung ist. Diesen Post hat der Soester Anzeiger unter dem Titel „allemaal genug“ zu einem redaktionellen Beitrag „zusammengestöpselt“, der so viel Unmut ausgelöst hat, dass daraufhin eine Reihe Leserbriefe erschienen sind, die vor allem Respekt für Frau Köster einfordern.*

*Mit mir hingegen gehen diese Briefschreiber(innen) mehr als respektlos um. So bezeichnet der erste Leserbrief von Herrn Etter mich und meine Äußerungen als arrogant, widerlich, sachlich und menschlich unangemessen und setzt meine Berufsbezeichnung in Anführungszeichen. Herr Etter vermittelt den Eindruck, mein Vorgehen sei intransparent, undemokratisch und dass ich meiner eigenen, politisch nicht legitimierten Agenda folgte. Eine weitere Leserbriefschreiberin, Frau Radermacher, bezeichnete meine Äußerungen als böseartig. Insgesamt werde ich in allen Leserbriefen so dargestellt, als sei ich die kleine Wirtschaftsfördererin, die allenfalls mit dem Rechenschieber umgehen kann und dabei Kultur und bürgerschaftliches Engagement niederwalzt.*

*Das ist nicht nur respektlos, sondern viel davon sind handfeste Beleidigungen und Verleumdungen. Ich könnte dies straf- und privatrechtlich verfolgen lassen, habe mich aber entschlossen, diesen Weg – noch nicht – zu gehen, sondern stattdessen mit den Briefeschreibern in einen Dialog zu treten und öffentlich meine Sicht der Dinge darzustellen.*

Nachdem ich Frau Radermacher meinen Original-Post geschickt hatte, hat sie ihren Leserbrief gegenüber dem Soester Anzeiger zurückgezogen. Sie schreibt, dass sie den Artikel so gelesen habe, „als sei von Seiten der Wirtschaftsförderung die kritische Haltung des Vereins auf das Alter der Vorstandsmitglieder zurück zu führen. Beim nochmaligen Lesen des Artikels und der Informationen von Frau Prof. Dr. Dobberstein kann ich diesen Zusammenhang nicht mehr erkennen und verstehe das Zitat jetzt lediglich als einen Vorschlag für eine Lösung der Problematik und ziehe den Vorwurf der Bösartigkeit zurück.“

Leider ist der Soester Anzeiger nicht bereit, diese Rücknahme zu drucken. Genauso weigert er sich, meine Antwort auf den Leserbrief von Herrn Etter zu veröffentlichen. Deshalb hier die wichtigsten Punkte aus meinem Antwortschreiben:

- Ich habe Respekt vor der Arbeit von Frau Köster und der Geschichtswerkstatt!

Das kann man allein an folgender Geschichte ablesen: Kurz bevor entschieden werden musste, ob die Blöcke 4-7 stehen bleiben können, gab es einen Investor für die Blöcke 2-5. Es gab also eine Chance, die Blöcke 4 + 5 zu retten. Ich hatte dem Investor aber zur Bedingung gemacht, dass er das Dachgeschoss des Blockes 3 für die Geschichtswerkstatt ausbauen muss und war bereit, die Ausbaukosten vom Kaufpreis abzuziehen. Trotzdem ist er abgesprungen. Ich war also bereit, zwei Denkmäler für die Geschichtswerkstatt zu opfern.

- Ich folge nicht meiner eigenen Agenda, sondern einem Beschluss des Rates!

Es gibt einen Ankaufsbeschluss für die Adam-Kaserne, der besagt, dass die WMS den Verbleib der derzeitigen Nutzer prüfen soll, dass dies aber nicht subventioniert werden darf.

- Da die Geschichtswerkstatt ohne eine erhebliche Subvention nicht im Gebäude bleiben kann, bedeutete das eigentlich automatisch das Aus! Gerade weil ich die Geschichtswerkstatt schätze, habe ich trotzdem nach einer Lösung gesucht. Der Ausbau des Dachgeschosses wird aber immerhin 500.000 € kosten. Diese Investition geht damit weit über den Ankaufsbeschluss hinaus und muss in Politik und Öffentlichkeit legitimiert werden.

U.a. wird die Geschichtswerkstatt eine Antwort darauf geben müssen, wer den Betrieb langfristig sicherstellt. Diese Frage ist umso berechtigter, als die Mitglieder des Vorstandes im Rentenalter sind.

Eine Stiftung ist ein klassischer Weg, die Arbeit unabhängig von Personen zu sichern. Keinesfalls wollte ich, als ich die Chancen einer Zusammenarbeit der Geschichtswerkstatt mit der Bürgerstiftung im Soester Anzeiger angedeutet habe, Frau Köster ausschalten oder gar ausdrücken, dass ich warte, dass sie endlich stirbt. Diese Interpretation meines Posts ist absurd!

- Ich habe die politischen Parteien frühzeitig über meine Überlegungen informiert, noch vor der Geschichtswerkstatt. Wenn ein Konzept erarbeitet sein wird – natürlich gemeinsam mit der Geschichtswerkstatt, wird darüber im AR der WMS, im HFA und im Rat abgestimmt. Das ist nicht undemokratisch, sondern repräsentative Demokratie!
- Ich spreche seit 7 Monaten mit den 60 Nutzern der Adam-Kaserne. Bei allen Härten, die ich ihnen zumuten musste, war ich immer ehrlich und transparent. Das haben bis zu dem Gespräch mit Frau Köster alle gewürdigt.

Auch hier habe ich alle Informationen veröffentlicht: Die Sanierung des Blockes 3 kostet inklusive Grundstück ca. 4 ½ Mio. €, der Ausbau des Dachgeschosses zusätzlich 500.000 €. Wenn der Block 3 nicht für geförderte Wohnungen genutzt werden kann, dann muss die WMS der Wohnungsgesellschaft an anderer Stelle 3 weitere Grundstücke zur Verfügung stellen, Mindereinnahmen: 300.000 €. Mehr Transparenz geht nicht!

In meinen Augen haben sich Herr Etter, Frau Köster und der Soester Anzeiger diskreditiert:

- Herr Etter, weil er vor Beleidigungen und Verleumdungen nicht zurückgeschreckt ist,
- Frau Köster, weil sie sich von den Leserbriefen, die zu ihrer Unterstützung geschrieben wurden, nicht distanziert hat und
- der Soester Anzeiger, weil er einseitig, unkommentiert alles zugunsten der Geschichtswerkstatt berichtet und dabei auch bereit war, die Hetz- und Schmähchrift von

Herrn Etter zu veröffentlichen und sie mit der Überschrift „sachlich und menschlich unangemessen“ noch zu verstärken, mir aber die Richtigstellung verweigert.

Prof. Dr. Monika Dobberstein  
Geschäftsführerin der Wirtschaft und Marketing  
GmbH

5. Der Soester Anzeiger veröffentlichte immer wieder unkritisch, was diejenigen ihm in die Feder diktierten, die meine Abberufung bzw. Nichtwiederwahl betrieben

#### **Beispiel 1: „[Eklat im Aufsichtsrat der WMS](#)“**

Unter der Verletzung ihrer Verschwiegenheitsverpflichtung– übrigens strafbewehrt mit einer Geldstrafe oder Gefängnis bis zu einem Jahr – hatten Aufsichtsratsmitglieder aus einer Aufsichtsratssitzung dem Soester Anzeiger viele Details über die Kostensteigerung des Gewerbe- und Industriegebiet Wasserfuhr geliefert, allerdings mit dem falschen Spinn, der die Kostensteigerung des Gewerbegebietes zu einem Skandal stilisiert.

Auch später wurde dieses Narrativ fortgesetzt: der Aufsichtsrat ließ über diese Sitzung vortragen, dass ich verschwiegen hätte, dass es zu einem besseren Ergebnis führte, nachdem der Aufsichtsrat die Beschlussvorschläge aus der Oktobersitzung abgelehnt hatte. Damit wird insinuiert und so die verdeckte Tatsachenbehauptung aufgestellt, dass der Aufsichtsrat berechnete Sachkritik an meinem Konzept für das Gewerbe- und Industriegebiet Wasserfuhr hatte und die Sitzung auf einen Termin einen Monat später vertagt wurde, weil mir aufgegeben worden sei, das Konzept zu überarbeiten. Dabei handelt es sich um eine falsche Tatsachenbehauptung, eine Lüge.

Die Kostensteigerung war dadurch entstanden, dass ursprünglich nur 10 ha entwickelt werden sollten, in der Zwischenzeit aber zusammen mit einer benachbarten Gemeinde eine spätere Erweiterung auf 80 ha angestrebt wurde. Dies erforderte eine veränderte Straßenführung und eine größere Dimensionierung der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur. Die Kostensteigerung war also gut begründet und war deshalb kein Gegenstand der Kritik.

Den Eklat - soweit man dieser Wortwahl von Achim Kienbaum folgen will – hatte meine Beschlussvorlage ausgelöst, die Grundstückspreise zu erhöhen. Dafür wollte der Aufsichtsrat die Verantwortung nicht übernehmen, vor allem aber ein hier namentlich nicht benanntes befangenes Aufsichtsratsmitglied.

*„Der Aufsichtsrat beauftragt Frau Prof. Dr. Dobberstein bis zur kommenden AR-Sitzung zunächst mit den Interessenten die Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, die Bereitschaft über die Anhebung auf 59,00 € einzuholen. Das Ergebnis der Gespräche soll hierzu am 30.11.2018 vorgestellt werden. Erst danach wird sich der Aufsichtsrat über eine Kaufpreisanhebung entscheiden.“ Zum Abschluss des Protokolls heißt es noch einmal: „Die WMS erhält den Auftrag, mit den bisherigen Grundstücksinteressenten abzuklären, inwieweit diese bereit sind, eine Preisanhebung um 7,00 €/m<sup>2</sup> auf dann 59,00 €/m<sup>2</sup> zu akzeptieren.“*

Richtig ist, dass ich nach dieser Sitzung eigeninitiativ die bisherigen Planungen über den Haufen warf, die Straßenführung neu planen und kalkulieren ließ, die Grundstücke der Interessenten neu lokalisierte und diese Änderungen und die Erhöhung der Kaufpreise neu verhandeln ließ. Das alles und mehr geschah in weniger als 2 Wochen, über die Tage der Allerheiligenkirmes, an denen in Soest normalerweise niemand arbeitet. Bei neuen Interessenten setzte ich später sogar Kaufpreise von 70,00 €/m<sup>2</sup> durch, die dazu führen werden, dass das Gewerbegebiet voraussichtlich nicht mit einem großen Defizit, sondern mit einer roten Null abschließen wird, was ungewöhnlich ist. Gewerbe- und Industriegebiete sind normalerweise zunächst ein Kostenfaktor für Kommunen und werden erst durch die späteren Gewerbesteuererinnahmen profitabel.

So war dies eine Sternstunde meiner Amtszeit, von der der Soester Anzeiger allerdings nicht berichtete.

#### **Beispiel 2: „[Verbot der auswärtigen Spargel-Händler wird ein Nachspiel im Aufsichtsrat haben](#)“**

Hintergrund der Affäre war, dass die WMS zwei auswärtige Spargelbauer\*inne, die ihre Ware

direkt aus dem Kofferraum ihres Autos heraus verkauften, nicht mehr zum Wochenmarkt zugelassen hatten, um die lokalen Händler zu schützen, die mit ihren aufwändigen Ständen das ganze Jahr bei Kälte, Wind und Wetter ausharrten und denen Saisonhändler das jeweilige Premiumgeschäft wegnahmen.

Die Affäre begann am Samstag, den 30.3.2019, als eine auswärtige Spargelbäuerin unangekündigt auf dem Wochenmarkt Unterschriften gegen ihre Nichtmehrzulassung sammelte. Daraufhin gab es einen ersten Shitstorm gegen die WMS auf facebook, auf den ich sofort reagierte und den ich so noch am Samstag beruhigen konnte. So schrieb eine Nutzerin: „Das ist doch mal eine tolle, ausführliche Erklärung, welche keine Fragen offen lässt. Zudem schön, dass so etwas auf einem Samstagabend (!) beantwortet wird. Da können sich "alle" gleich wieder beruhigen ;-)"

Ich hatte am frühen Abend dieses Tages auch proaktiv die Stadredaktion des Soester Anzeigers über die Aufregung auf facebook informiert. Daraufhin gab es einen ersten, noch unangeregten Artikel.

Erst als der damalige AR-Vorsitzende Jochem in die Presse ging und mir öffentlich wegen dieser Petitesse das Vertrauen entzog, begann die Kampagne und das Thema wurde tagelang auf der Titelseite des Lokalteils skandalisiert. Der Grad der Aufregung, die der Soester Anzeiger mit seiner Berichterstattung unter tätiger Mithilfe von Aufsichtsratsmitgliedern in der Spargel-Affäre erzeugte, war nachgerade hysterisch. Das bestätigt auch eine Email, die mich am 4.4.2019 von Horst Bresan, UnnaMarketing GmbH erreichte:

*„aufmerksam und gleichzeitig kopfschüttelnd verfolge ich die Berichterstattung über den Soester Wochenmarkt in dir lokalen Presse. Ich kann Sie in Ihrer Entscheidung jedoch bestärken: In Unna haben wir bereits vor über 10 Jahren die sogenannten Saisonhändler für Spargel und Erdbeeren nicht mehr auf den Unnaer Märkten zugelassen. Diese Regelung führte zur Stabilisierung der Ganzjahreshändler, es wurde in entsprechende Technik (etwa*

*Schälmaschinen) und erweiterte Angebote (zB. Fruchtsmoothies) investiert. [...]“*

Als der AR-Vorsitzende Jochem an die Presse ging, räumte er sogar selbst ein, dass er als AR-Vorsitzender der Pflicht zur Verschwiegenheit unterlag und sprach sodann – unter vermeintlich besonders kreativem Umgang mit seiner Verschwiegenheitspflicht - als Vorsitzender des Vereins Soester Wirtschaft. Er vertrat aber auch als vsw-Vorsitzender eine ungewöhnliche Auffassung, nämlich den Schutz der auswärtigen Spargelbauern. Das entspricht so gar nicht der üblichen Meinung des Martin Jochem, der als „Chef-Lobbyist“ der Soester Wirtschaft stets die lokalen Händler zu schützen bereit ist. Deshalb ist davon auszugehen, dass er dieses Interview gezielt gab, um mich zu beschädigen.

Am nächsten Tag verzichtete ich in der Aufsichtsratssitzung auf den Bericht der Geschäftsführung, stellte stattdessen meine herausragende Halbzeitbilanz vor und thematisierte den unangemessenen Umgang mit mir. Der Aufsichtsrat bestreitet diesen Verlauf der Sitzung mittlerweile und behauptet, ich hätte lediglich darum gebeten, einmal grundsätzlich über die Zusammenarbeit zwischen mir und dem Aufsichtsrat zu sprechen. Auch das ist eine Lüge. Im Protokoll dieser Aufsichtsratssitzung heißt es dazu:

*„ [...] stellt sie die Frage: wie sich der Aufsichtsrat in Zukunft die Zusammenarbeit vorstelle. Sie werde in Aufsichtsratssitzung immer wieder abgekanzelt und nun hätten sich Aufsichtsratsmitglieder an einer gegen die Geschäftsführerin gerichteten Unterschriftenaktion der Spargelbesicker am 30.3. auf dem Markt in Soest beteiligt und der Aufsichtsratsvorsitzende ihr in der Presse öffentlich das Vertrauen entzogen. Das alles vor dem Hintergrund, dass es sich lediglich um eine Petitesse handele. Darüber hinaus dringen immer wieder Interna zum Schaden ihrer Person nach außen. Sie mache einen exzellenten Job, aber der Umgang des Aufsichtsrates mit ihr stehe dazu in einem diametral entgegengesetzten Verhältnis. Auf der gleichzeitig aufliegenden Präsentationsfolie kündigt sie an, nicht freiwillig zu gehen und um ihren Job kämpfen zu wollen. Denn eins müsse jedem klar sein, wenn man sich nach 2 Jahren außerplanmäßig trenne, dann würde sie für den Rest ihres Berufslebens nie wieder einen Job bekommen. Der Aufsichtsrat beende ihre Karriere und vernichte ihre*

Existenz.“

Weiter heißt es im Protokoll:

„Mehrere Mitglieder des Aufsichtsrates teilen die Meinung, dass der Umgang mit der Geschäftsführerin nicht richtig ist. Ein AR-Mitglied benannte das Verhalten als Mobbing.“

Undenkbar, dass Achim Kienbaum am nächsten Tag nicht nachfragte, welches Nachspiel es in der Sitzung gegeben hatte und angesichts seiner intimen Kontakte in den Aufsichtsrat undenkbar, dass er nicht erfuhr, was dort passiert war. Aber davon berichtete er nicht.

Öffentlich schloss ich die Affäre mit folgendem Post ab:

*Politische Diskussionskultur*

*In der Diskussion um die Zulassung von zwei Spargelbauern ist die Diskussion um eine Petitesse außer Kontrolle geraten.*

*Wir treffen solche Entscheidungen hundertfach pro Jahr. Allein der Weihnachtsmarkt hat über 120 Stände und viel mehr Bewerbungen. Wie stellen diejenigen, die sich an der Empörungswelle beteiligt haben, sich das in Zukunft vor, sollen wir jede Entscheidung darüber, ob ein Stand auf einem unserer Märkte zugelassen wird, im Rahmen jährlicher Volksentscheide entscheiden?*

*Unsere Entscheidung war und bleibt unter jedem denkbaren Gesichtspunkt richtig.*

*Mit dem genau gleichen Konzept haben wir den Weihnachtsmarkt groß gemacht. Bis heute bestimmen wir für jeden Stand genau das Sortiment und lassen für jedes Sortimente nur so viele Stände zu, dass es für die Besucher wirtschaftlich interessant ist. So wurde der Weihnachtsmarkt für immer mehr Händler attraktiv und wuchs und wuchs. Heute ist er - laut dem Spiegel - der schönste Weihnachtsmarkt in NRW. Shoppingcenter funktionieren übrigens nach dem gleichen Prinzip und kein Kunde fühlt sich in ihnen bevormundet.*

*Nach der Übernahme des Wochenmarktes durch mein Team haben wir nur nachvollzogen, was andere, erfolgreichere Wochenmärkte längst getan haben. Der Erfolg dieser Maßnahme wird auch allgemein anerkannt werden, wenn der Wochenmarkt erst länger durch mein Team bewirtschaftet wird. Das wird ein paar Jahre dauern, zumal wir gegen*

*eine allgemeine Abwärtsspirale bei Wochenmärkten anarbeiten müssen. Auch der Weihnachtsmarkt musste sich 10 Jahre von Jahr zu Jahr weiterentwickeln.*

*Meine Mitarbeiter sind Profis: Sie haben den Weihnachtsmarkt zu einem der attraktivsten in der Republik gemacht, die Fehde ist einer der Top 5 Reanactment-Veranstaltungen in Europa, mit dem Winterstrahlen haben sie in diesem Jahr eine Veranstaltung neu konzipiert, die sofort überregionale Beachtung fand, die Teilnehmerzahl am Sattelfest ist so groß, dass die Straßen an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen, das Kneipenfestival ist jedes Jahr ausverkauft und der Winzermarkt, die ProbierBar, der Bördetag, der Bördebauernmarkt, die Stoffmärkte und der Altstadtfrühling locken regelmäßig viele Besucher in die Innenstadt. Viele, auch größere Städte bewundern Soest für seinen Veranstaltungskalender. Deshalb haben meine Mitarbeiter das Vertrauen verdient, dass sie auch den Wochenmarkt zum Erfolg führen werden.*

*Die Entscheidung, die überregionalen Spargelbauern nicht mehr zuzulassen, war richtig. Genauso richtig war die Entscheidung, die Maßnahme zu verschieben, denn eine sachliche Diskussion ist im Rahmen der laufenden Empörungswelle nicht mehr möglich.*

*Wir haben damit unseren Teil dazu beigetragen, die Situation zu deeskalieren. Ich würde mir wünschen, dass ganz grundsätzlich einmal über unsere politische Kultur diskutiert wird. Wir sind offenbar in einer Zeit angekommen, in der Expertenwissen nichts mehr zählt, Entscheider als korrupt und selbstherrlich sowie Experten als gekauft verleumdet werden und das Schauen nach Best practise Beispielen in andere Städte als feindliche Infiltration gilt.*

*Wenn nur noch Emotionen die Grundlage von Entscheidung bilden, dann ist die Tür für Populisten weit offen. Soest wird nicht die Beste aller möglichen Politiken bekommen, nicht die Besten aller möglichen Managemententscheidungen und auch die besten Experten werden keine Lust mehr haben, in oder für Soest zu arbeiten.*

### **Beispiel 3: Kaufpreisrückhaltung von Candycorn, um millionenschwere Zugeständnisse zu erwirken**

Als die Kaufpreisfälligkeit für die Blöcke 4, 5 und 7 der Adam-Kaserne eingetreten war, hielt Candycorn die Kaufpreise planvoll und zielgerichtet zurück, um millionenschwere Zugeständnisse (Schadstoffe, Denkmalschutz, Block 3) zu erwirken, auf die sie keinen Anspruch hatten.

In den Artikeln [Kauft Münchener Unternehmen jetzt auch Block 3?](#), [Darum geht es bei den Adamkasernen-Blöcken so langsam voran](#) und [Soester Stadtrat muss jetzt Farbe bekennen, was aus alter Kaserne werden soll](#) berichtete Achim Kienbaum über die Kaufpreiszurückhaltung und die Gründe dafür (Sanierung Schadstoffe, Denkmalschutz) und darüber, dass Candycorn auch noch Block 3 erwerben wolle.

Aber obwohl Achim Kienbaum nur wenige Wochen vorher die Nichtmehrzulassung von zwei auswärtigen Spargelbauern auf dem Wochenmarkt tagelang in großen Headlines skandalisiert hatte, spielte er die Zurückhaltung mehrerer Millionen € nun herunter: zunächst als reine Formalität, später als normales Säbelrasseln eines jeden Immobiliendeals.

Ich gehe wegen dieses Missverhältnisses davon aus, dass diese Artikel gezielt gesteuert wurden, um die (Aufsichts)Ratsmitglieder davon zu überzeugen, dass es kein Hindernis darstellte, den Block 3 an einen Investor zu verkaufen, der die ersten drei Blöcke nicht bezahlt hatte und nur ich überreagierte, indem ich ein solches Verhalten als unseriös bewertete.

Ich hielt jede Verhandlung über millionenschwere Zugeständnisse für unnötig, denn ich hatte die ersten drei Blöcke nur unter der Bedingung an Candycorn verkauft, dass die WMS keinerlei Altlastenrisiko übernahmen und dass der Investor der WMS Bürgschaften in Höhe der Kaufpreise stellte. Neben den Bürgschaften hielt ich eine vollstreckbare Ausfertigung der Kaufverträge in den Händen. So erreichte ich, dass die Kaufpreise gegen den Willen von Candycorn ausgezahlt wurden, ohne dass die WMS oder die Stadt auch nur ein einziges Zugeständnis machen mussten. Und ich fand einen Käufer für Block 3, der – macht man die Angebote gleichnamig (inklusive Vertragsstrafe bei Nichteinhaltung der Preisbindung der Hälfte der Wohnungen)- das Fünffache des Spottpreises zahlte, für den Candycorn den Block erwerben wollte.

Auch das waren Sternstunden meiner Amtszeit. Und - Überraschung - wie immer berichtete Achim Kienbaum auch in diesem Fall nicht über meine Erfolge.

## Presserat

Über die Berichterstattung des Soester Anzeigers am Tag nach meinem Interview legte ich beim Presserat ein, der die Beschwerde zurückwies. Gegen diese Zurückweisung ließ ich meine Rechtsanwältin am 6.5.2021 Beschwerde einlegen, die ich her wörtlich zitieren möchte:

*Sehr geehrte Frau Eick,*

*ich möchte die Gelegenheit nutzen, zu Ihrem Schreiben vom 04.05.2021 namens und Vollmacht von Frau Prof. Dr. Monika Dobberstein noch einmal umfassend Stellung zu nehmen:*

1. *Bereits der Ablauf des Prüfungsverfahrens weist einige Auffälligkeiten auf:*
  - a. *So erscheint ein Prüfungszeitraum von 8 Wochen für eine bloße Vorprüfung, in deren Rahmen lediglich geprüft wird, ob eine Beschwerde nicht offensichtlich unbegründet ist, auch bei wohlwollender Betrachtung als sehr lang. Es drängt sich deshalb zumindest die Frage auf, ob der Deutsche Presserat als Selbstregulierungsorgan des deutschen Pressewesens die Beschwerdeprüfung im Falle meiner Mandantin nicht mutwillig gleichsam verschleppt haben mit dem Ziel, eine Möglichkeit zu finden, die Beschwerde nicht behandeln müssen, denn im Zeitalter der Metoo-Bewegung ist es klar, dass die Beschwerde meiner Mandantin ein heißes Eisen für alle Beteiligten ist.*
  - b. *Nachdem Sie meiner Mandantin sodann auf ihr Nachfassen hin am 04.05.2021 mitgeteilt hatten, dass bisher noch keine Vorprüfung stattgefunden habe und meine Mandantin Sie daraufhin davon in Kenntnis gesetzt hatte, dass sie ihre Beschwerde nun online gestellt habe, fand dann offenkundig noch am gleichen Tag eine Prüfung statt, die in ihrer Detailliertheit weit über eine Vorprüfung hinausgeht. Sie selbst benutzen das Wort „Vorprüfung“ im Übrigen in Ihrem*

Schreiben vom 04.05.2021 – konsequenterweise - nicht mehr. Sie schreiben z.B. „Wir sind der Auffassung, dass sich die geäußerte Kritik an Ihrem Auftreten und Umgang mit der Nicht-Vertragsverlängerung sich noch im Rahmen der Meinungsfreiheit bewegt, sachlich ist und nicht die Grenze zur Schmähkritik überschreitet.“ Sie steigen also tief in die presserechtliche Abwägung ein und prüfen nicht mehr nur die offenkundige Unbegründetheit der Beschwerde, sondern vielmehr ihre Begründetheit. Die Begründetheitsprüfung ist aber- aufgrund der Komplexität der zu treffenden Abwägungsentscheidungen und auch aufgrund der potenziell weitreichenden Folgen für den Beschwerdeführers - aus gutem Grund Sache des Beschwerdeausschusses als Kollegialorgan, das die diversen Expertisen unterschiedlichster Vertreter der deutschen Presse- und Verlagsbranche gerade zur Vermeidung einer einseitigen und tendenziösen Entscheidungspraxis bündelt.

Die Beschwerde meiner Mandantin war nicht offensichtlich unbegründet und hätte deshalb nach diesseitiger Auffassung dem zuständigen Beschwerdeausschuss zur Erörterung und Entscheidung vorgelegt werden müssen.

Dass Sie dennoch glaubten, die – noch einmal: nicht offenkundig unbegründete - Beschwerde gleichsam auf dem kleinen Dienstweg durch Referentenentscheidung erledigen zu können, lässt diesseits den Eindruck entstehen, dass der Deutsche Presserat in diesem Falle unter Hintanstellung seiner Verpflichtungen als Selbstregulierungsorgan alle Register zu ziehen bereit ist, um nicht in die Konfrontation mit einem der bedeutendsten Verlagshäuser, der Ippen-Gruppe, gehen zu müssen.

2. Ihre Begründung basiert zudem in weiten Teilen auf Fehlannahmen über Tatsachen:

a. Sie behaupten, dass der Soester Anzeiger meiner Mandantin vor der Erstellung und Veröffentlichung der

beanstandeten Artikel die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben habe. Diese Behauptung ist unrichtig. Meiner Mandantin wurde die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben, nachdem (Aufsichts-)Ratsmitglieder die bevorstehende Nichtwiederwahl an den Soester Anzeiger durchgestochen hatten, aber nicht mehr, nachdem sie u.a. die Vorwürfe der Frauenfeindlichkeit und Homophobie geäußert hatte. Sie wurde z.B. nicht dazu befragt, ob und ggf. gegenüber wem sie diese Vorwürfe vorher schon einmal geäußert hatte, bevor der Soester Anzeiger in einem sog. Kommentar des Redakteurs Kienbaum öffentlich die Behauptung aufstellte, dass meine Mandantin diese Vorwürfe vor der Nichtwiederwahl nicht erhoben habe und zwar mit dem infamen Spin, sie missbrauche perfide ein gesellschaftlich relevantes Thema zur Ablenkung von schlechten Leistungen.

b. Sie behaupten, dass beim Thema Homophobie beide Sichtweisen zu diesem Thema dargestellt werde. Diese Behauptung ist ebenfalls unrichtig. Frau Prof. Dr. Dobberstein hat seit 2016 immer weder das Gespräch mit führenden Soester Politikern gesucht, darunter die Fraktionsvorsitzenden der Grünen, ihre Stellvertreterin, die ehemalige Stadtverbandsvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD. Sie hat die homophobe Stimmung innerhalb des Soester Politik auch mit der Chefredakteurin des SA diskutiert und auch einen ebenfalls homophoben Artikel des Redakteurs Kienbaum vom 13.12.19 ggü. Kienbaum selbst angesprochen; der Bürgermeister der Stadt Soest wurde insoweit von meiner Mandantin auf cc) gesetzt und wusste deshalb, wie sehr meine Mandantin und ihre Lebensgefährtin unter der Ausgrenzung und Marginalisierung innerhalb der Soester Politik litten. Zudem hatte meine Mandantin das Thema Homophobie in der Soester Politik und auch in der Belegschaft der WMS mehrmals auch mit der Prokuristin der WMS, Birgitt Moessing, diskutiert, die diese Diskussionen sodann im



*Einvernehmen mit meiner Mandantin an die sich homophob verhaltenden Mitarbeiter der WMS herantrug.*

*Auch die vom Soester Anzeiger unhinterfragt wiedergegebene Behauptung des Bürgermeisters, Rat und Aufsichtsrat hätten sich immer um eine vertrauliche Zusammenarbeit bemüht, war eine ebenso unwahre Tatsachenbehauptung (vulgo eine Lüge) und auch das wusste der Redakteur mit hoher Wahrscheinlichkeit, zumal an ihn von Aufsichtsratsmitgliedern der Wirtschaft und Marketing Soest GmbH immer wieder vertrauliche Inhalte aus Aufsichtsratssitzungen durchgestochen worden waren mit dem Ziel, diese vertraulichen Details in Richtung gegen meine Mandantin vom Soester Anzeiger in dessen gewohnter Manier skandalisieren zu lassen. Das Durchstechen vertraulicher Inhalte von Aufsichtsratssitzungen an die Presse ist dabei keine folkloristische Betätigung geltungsbedürftiger Feierabendpolitiker im rechtsfreien Raum, sondern eine Straftat im Sinne von § 89 I GmbHG. Gerade weil der Redakteur Kienbaum in der Vergangenheit immer wieder sowohl Zeuge, als auch Nutznießer von massiven - auch strafbaren - Pflichtverstößen der Soester Kommunalpolitik in Beziehung auf meine Mandantin und die von ihr geführte Gesellschaft war, konnte er hier unschwer erkennen, dass die vorgenannte, für das von ihm gewünschte Narrativ so zentrale Behauptung des Bürgermeisters unrichtig war und mindestens konsequent hinterfragt hätte werden müssen.*

- c. *Sie behaupten ferner, die Äußerung „stets bemüht“ beziehe sich auf die Sichtweise der Stadt. Auch diese Ihre Behauptung ist unrichtig: Die Stadt- also der Rat und auch die Verwaltung- hat sich zur Leistungsbilanz meiner Mandantin, die sie bereits im Januar 2020 erstmals schriftlich vorgelegt hatte, nie negativ geäußert und ihre Leistungsbilanz auch weder ganz noch teilweise bestritten. Die Chefredakteurin des Soester Anzeigers hat vielmehr in einem*

*Gespräch mit der Unterzeichnerin in Soest am 01.07.2020 eingeräumt, dass der Soester Anzeiger die schriftliche Leistungsbilanz kannte (auch sie war an den Soester Anzeiger durchgestochen worden) und dass nach ihrer Kenntnis niemand aus dem (Aufsichts)Rat diese Leistungsbilanz bestritten habe.*

*Die Äußerung „stets bemüht“ ist vielmehr ein Urteil des Redakteurs über die Leistung meiner Mandantin, das er unbegründet getroffen hat. Es ist dies auch keine Meinungsäußerung, sondern vielmehr eine verdeckte Tatsachenbehauptung: Beim Leser wird der unabweisbare Eindruck erweckt, die Leistungen meiner Mandantin seien erheblich defizitär gewesen und sie sei deswegen nicht wiedergewählt worden. Dieses Behauptung ist unwahr und überdies geeignet, das öffentliche Ansehen meiner Mandantin erheblich zu beschädigen. Wahr ist vielmehr, dass meine Mandantin für die WMS, die Stadt Soest und auch die Soester Stadtgesellschaft in den 3, 5 Jahren ihrer Amtszeit herausragende Leistungen erbracht hat und trotzdem - oder gerade deshalb - nicht wiedergewählt wurde. Der Redakteur Kienbaum wusste - wie seine Dienstvorgesetzte - dass die Leistungsbilanz meiner Mandantin parteienübergreifend unbestritten war und hat dennoch öffentlich verbreitet, sie habe schlechte Leistungen erbracht. Dass er dies in einem Kommentar getan hat, macht – entgegen Ihrer Ansicht- aus einer Verleumdung im Übrigen keine Meinungsäußerung.*

- d. *Sie behaupten weiter, dass meine Mandantin hinnehmen müsse, dass ihr Handeln im Mittelpunkt der Kritik stehe. Diese Behauptung ist ausnahmsweise einmal richtig. Nicht hinnehmen aber muss meine Mandantin unwahre Tatsachenbehauptungen, die ihr öffentliches Ansehen zu beschädigen geeignet sind und ihre Existenz vernichten. Die Behauptungen, man habe sich immer um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bemüht, sie habe nie Homophobie-Vorwürfe geäußert und sie habe eine*

*ungenügende Leistung erbracht, sind aber sämtlich unwahre und existenzvernichtende Tatsachenbehauptungen, die der Redakteur Kienbaum wider besseres Wissen, mithin bösgläubig, reproduziert und sich teilweise selbst zu eigenen gemacht hat.*

- e. *Wenn Sie abschließend vermeintlich beschwichtigend schreiben: „Dass Sie sich verständlicherweise wünschen, dass die Redaktion bestimmte Aspekte ausführlicher beleuchtet und weiter hinterfragt hätte, ist auch Ihrer Sicht nachvollziehbar, stellt unserer Auffassung nach aber keine Verstoß gegen die Sorgfaltspflicht dar.“, so ist festzustellen, dass diese Ihre Auffassung jeglicher Begründung entbehrt. Es ist diesseits schlechterdings nicht nachvollziehbar, dass die bösgläubige Reproduktion unwahrer, ehrverletzender Tatsachenbehauptungen, die geeignet sind, eine Existenz zu zerstören*

*und einen Menschen in den Suizid zu treiben, von Ihnen als seriöser Journalismus qualifiziert wird.*

*Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie bitten, das Ergebnis Ihrer „Vorprüfung“ noch einmal selbstkritisch zu überdenken.*

*Ferner darf ich Ihnen mitteilen, dass sich meine Mandantin am 04.05.21 an das Medienmagazin Zapp gewandt hat. Ihr Schreiben vom 04.05.21 wird sie aber zunächst nicht weiterleiten, damit Sie noch einmal Gelegenheit haben, Ihr Urteil zu überdenken.*

*Mit freundlichen Grüßen / Yours sincerely*

*Claudia Nassibulin MBA  
Rechtsanwältin + Wirtschaftsmediatorin*

*Der Presserat änderte seine Auffassung nicht.*

**PS: Ich untersage dem Soester Anzeiger und anderen Vertretern der Presse, den Inhalt dieser Zusammenstellung ganz oder auszugsweise, direkt oder indirekt zu zitieren oder in anderer Weise zum Gegenstand seiner Berichterstattung zu machen.**